

***Das wird man doch
wohl noch sagen
dürfen!***



***Was WIRKLICH
gesagt werden
muss.***

Ein schneller Faktencheck.

**BÜNDNIS 90
DIE GRÜNEN**



Willkommen bei unserem kurzen Faktencheck.

Lassen Sie uns ein paar oft gehörte Aussagen einmal kurz kritisch unter die Lupe nehmen.

Hier finden Sie kurze Erklärungen und Argumente für die Gegenrede in Diskussionen.

Sie können die Broschüre auch als pdf von unserer Website www.gruene-vulkaneifel.de für den Eigengebrauch herunterladen (QR Code unten).

Übrigens gibt es auf der Seite des Landesverbands auch einen hilfreichen Faktenchecker zur Landtagswahl 2026 (siehe unten).

Wir wünschen viel Spaß!

Ihr
Kreisverband Vulkaneifel
BÜNDNIS90/DIE GRÜNEN



Broschüre zum Download (pdf)
<https://gruenlink.de/du6k0judcx>

Faktenchecker zur Landtagswahl
<https://gruene-rlp.de/faktenchecker-ltw26/>



„In Deutschland herrscht keine Meinungsfreiheit.“

Check:

Die Meinungsfreiheit ist in Art. 5 unseres Grundgesetzes garantiert. Sie endet dort, wo Volksverhetzung, Beleidigung oder Gewaltaufrufe beginnen. Meinungsfreiheit bedeutet allerdings nicht, dass jede Meinung Zuspruch erhält. Wer alles sagt, muss auch mit Reaktionen rechnen. Typischerweise reden die Menschen, die sich beklagen „nichts mehr sagen zu dürfen“, in der Öffentlichkeit am meisten, lautesten und ohne strafrechtliche Folgen. Wäre Kritik an z.B. der Bundesregierung in Deutschland nicht möglich, gäbe es keine Sendungen wie die *heute-Show*.



Und dafür stehen wir:

Wir Grünen betrachten die Meinungsfreiheit als ein unverzichtbares Grundrecht und Fundament der freiheitlich-demokratischen Grundordnung. Wir betonen den Schutz der Meinungsfreiheit auch für Andersdenkende, fordern jedoch ein hartes Vorgehen gegen Hassrede und Desinformation im Netz. Medienfreiheit und unabhängige Berichterstattung gelten als Grundlagen für die freie Meinungsbildung, weshalb wir für eine Stärkung der Medienvielfalt eintreten.

„Die Medien sind bei uns systemgesteuert.“

Check:

In Deutschland existieren hunderte unabhängige Medienhäuser (privat, öffentlich-rechtlich, lokal, international). Eine einheitliche staatliche Kontrolle wäre strukturell kaum möglich. Medien berichten oft unterschiedlich oder widersprüchlich über dieselben Themen – ein Zeichen von Wettbewerb und Meinungsvielfalt, nicht von Steuerung. Die Pressefreiheit ist im Grundgesetz garantiert (Art. 5). Staatliche Zensur ist verboten.



Und dafür stehen wir:

Freie und unabhängige Medien sind Grundpfeiler der Demokratie. Eine vielfältige Medienlandschaft muss garantiert sein. Jegliche Steuerung durch den Staat würde dem widersprechen. Journalist*innen müssen geschützt werden und Behörden müssen verpflichtet sein, ihnen Auskunft zu erteilen, damit die Medien ihre Kontrollfunktion ausüben können. Politische Einflussnahme auf die Medien muss verhindert werden. Das heißt aber nicht, dass bewusste Falschaussagen, Verleumdung, Volksverhetzung etc. von der Pressefreiheit gedeckt sind, sie können rechtliche Folgen haben.

„Ich kann nichts für die NS-Vergangenheit Deutschlands. Mit dem Schuld-Kult muss Schluss sein.“

Check:

Es verlangt niemand persönliche Schuld von heutigen Generationen. Wer das behauptet, arbeitet mit irreführenden Stimmenfänger-Parolen. Es geht vielmehr darum, aus der Geschichte unseres Landes zu lernen. Die Erinnerung an NS-Verbrechen ist kein „Kult“, sondern Teil politischer Bildung und ein Schutzmechanismus für Demokratie und Menschenrechte.



Und dafür stehen wir:

Wir betonen ausdrücklich eine dauerhafte historische Verantwortung Deutschlands für die NS-Verbrechen und lehnen einen „Schlussstrich“ ab. Erinnerung ist wichtig für die Gestaltung der Gegenwart: Der Nationalsozialismus verlangt auch heute entschlossenes Handeln gegen Extremismus, um die Demokratie zu schützen.

„Migration kostet uns Milliarden.“

Check:

Migration verursacht kurzfristig Kosten, z.B. für Integration, Unterbringung oder Sprachkurse. Langfristig werden die öffentlichen Kassen aber durch Arbeit, Steuern oder Sozialbeiträge sogar gestärkt, wie u.a. die Daten des Sachverständigenrats für Integration und Migration (SVR, 2023) zeigen. Integration, Bildung und Arbeit wirken sich positiv auf Wirtschaft und Sozialsystem aus.

Eine Analyse des Instituts der deutschen Wirtschaft (IW) zeigt: Beschäftigte mit Migrationshintergrund trugen 2024 etwa 706 Mrd. € zum Bruttoinlandsprodukt (BIP) bei – ein großer wirtschaftlicher Beitrag. (Quelle: Handelsblatt, 22.08.2025).



Und dafür stehen wir:

Migration ist eine Chance für Wirtschaft, Fachkräfteversorgung und Innovation. Sie trägt langfristig zur Sicherung des Arbeitsmarkts und zur Finanzierung von Sozialleistungen bei. Die Integration von Migrant*innen ist eine Investition in Bildung, Arbeit und gesellschaftliche Teilhabe.

Kosten entstehen kurzfristig, Gewinne langfristig – und nutzen uns damit allen.

„Einwanderung hat zu mehr Kriminalität geführt.“

Check:

Kriminalität hängt von vielen Faktoren ab: Alter, wirtschaftlicher Status, Bildung Integration – nicht nur von Migration. So sind jüngere Männer statistisch häufiger straffällig – unabhängig vom Migrationshintergrund. Wenn man Alter und Geschlecht berücksichtigt, sind Straftaten durch Menschen mit Migrationshintergrund nicht pauschal höher als bei der Gesamtbevölkerung (Quelle: BKA, 2024).



Und dafür stehen wir:

Wir lehnen pauschale Aussagen über Migrant*innen als „kriminell“ klar ab, da sie falsch und stigmatisierend sind. Wir sehen Integration, Bildung und Teilhabe als wirksamste Prävention gegen Kriminalität. Wir setzen uns für Programme ein, die Zugang zu Schule, Ausbildung, Arbeit und sozialen Angeboten gewährleisten, um Kriminalität zu reduzieren.

„E-Autos belasten die Umwelt stärker als Verbrenner.“

Check:

Diese Pauschalaussage fußt auf der Tatsache, dass E-Autos bei der Produktion der Batterien mit Rohstoffen wie Lithium und Kobalt zunächst höhere CO₂-Emissionen verursachen, ignoriert aber, dass sie über die gesamte Lebensdauer besser abschneiden als Verbrenner. Laut Umweltbundesamt 2023 spart ein E-Auto mit deutschem Strommix über 150.000 km Fahrleistung etwa 30–50 % CO₂ im Vergleich zu einem Mittelklasse-Benziner. Mit erneuerbarem Strom kann die CO₂-Bilanz von E-Autos sogar um 70–80 % besser sein. Verbrennungsmotoren erzeugen dauerhaft Luftschadstoffe.



Und dafür stehen wir:

E-Autos sind ein wichtiger Baustein, um die Klimaziele zu erreichen. Wir fördern gleichzeitig technologische Innovationen, Recycling, umweltgerechten Rohstoffabbau und nachhaltige Lieferketten, um die Umweltbelastung bei der Batterieproduktion weiter zu senken. Die Debatte über die Produktionsemissionen ist ein Argument für mehr Nachhaltigkeit und Innovation und kein Grund, E-Mobilität zu meiden.

„Klimawandel ist eine Erfindung der Medien.“

Check:

Der Klimawandel ist wissenschaftlich belegt und wird von über 97% der Klimawissenschaftler*innen weltweit anerkannt. Die globale Durchschnittstemperatur ist seit 1880 um ca. 1,2 Grad gestiegen (NASA, 2025). Gletscher schmelzen und Extremwetter nehmen zu. Klimamodelle beruhen auf Physik, Chemie und Meteorologie, nicht auf Medienberichten. Medien verstärken nur die Aufmerksamkeit für Klimaprobleme, sie „erfinden“ sie aber nicht.



Und dafür stehen wir:

Der menschengemachte Klimawandel ist eine existentielle Bedrohung für Umwelt, Gesellschaft und Wirtschaft, der sofortiges Handeln erfordert. Klimaschutz ist keine Meinungsfrage, sondern eine wissenschaftlich fundierte Pflicht für Politik und Gesellschaft. Medien sind dabei ein wichtiger Multiplikator, um die Öffentlichkeit über Klimarisiken und Lösungsmöglichkeiten zu informieren.

„Klimaveränderungen hat es schon immer gegeben.“

Check:

Im Lauf der Jahrmlionen hat es tatsächlich immer wieder Eis- und Warmzeiten gegeben. Die aktuellen Klimaveränderungen geschehen aber viel schneller als die natürlichen Schwankungen vergangener Jahrtausende. Ursache sind Treibhausgase aus fossilen Brennstoffen, Landnutzung und industrielle Emissionen. Die Erwärmungsgeschwindigkeit ist messbar höher als jede natürliche Schwankung der letzten 2000 Jahre (IPCC- Intergovernmental Panel on Climate Change, Bericht AR6, 2023 sowie zahlreiche anderen Daten aus z.B. NASA, Deutschem Wetterdienst und anderen).



Und dafür stehen wir:

Klimaschutz ist keine Ideologie, sondern wissenschaftlich fundiert. Maßnahmen gegen den menschengemachten Klimawandel sind zu unserem eigenen Schutz absolut dringlich. Wir fordern wegen der drastischen Auswirkungen, die wir bereits heute sehen, daher sofortige Maßnahmen durch den Ausbau erneuerbarer Energien, die Verkehrswende, Energieeffizienz und Klimaschutzgesetze.

„Wenn es angeblich durch den Klimawandel heißer wird, wieso regnet es dann im Sommer so oft?“

Check:

Klima beschreibt langfristige Durchschnittswerte, nicht einzelne Wetterereignisse. Extremwetter wie Hitzeperioden, Dürre, Stürme und Starkregen nehmen durch die globale Erwärmung zu. Regen im Sommer widerlegt den Klimawandel nicht - er ist sogar Folge der veränderten Klimadynamik.



Und dafür stehen wir:

Wir setzen uns für Klimabildung und Öffentlichkeitsarbeit ein, damit alle verstehen, dass Wetter und Klima zwei verschiedene Ebenen sind. Nur so können wir künftig im Interesse unseres eigenen Fortbestehens wirksame Maßnahmen ergreifen.

„Der Ausstieg aus Kohle und Gas wird die Energiekosten drastisch erhöhen.“

Check:

Energiekosten hängen von vielen Faktoren ab wie globale Energiepreise, Netzausbau, Nachfrage und Subventionen, nicht nur vom Energieträger. Die Kosten für Gas und Kohle sind wenig planbar und können innerhalb kurzer Zeit stark steigen, z.B. durch unsere Abhängigkeit von Importen. Wind, Sonne und Wasser bieten dagegen Planbarkeit und stabile Kosten. Investitionen in die erneuerbaren Energien rechnen sich langfristig durch im Mittel geringere Betriebskosten, die Strompreise werden dadurch stabiler.



Und dafür stehen wir:

Die Abhängigkeit von Kohle, Gas oder importierter Energie ist teuer, riskant und umweltschädlich. Der Ausbau von Wind, Solar und Speichertechnologien schafft Versorgungssicherheit. Wir planen soziale Ausgleichsmechanismen, um Haushalte und Betriebe während der Umstellung zu unterstützen. Die Investitionen in erneuerbare Energien sind außerdem eine wirtschaftliche Chance für mehr Arbeitsplätze und Innovation.

„Warum sollen wir für Klimaschutz bezahlen, wenn andere Länder wie China nichts tun?“

Check:

China hat zwar aktuell noch weltweit den höchsten CO₂-Ausstoß, ist aber gleichzeitig Weltmarktführer bei den erneuerbaren Energien und investiert massiv in diese. Pro Kopf liegen die Emissionen vieler westlicher Industrieländer weiterhin auf ähnlichem oder höherem Niveau als die Chinas. Historisch haben Europa und die USA außerdem deutlich mehr CO₂ ausgestoßen als China – und damit stärker zur bisherigen Erderwärmung beigetragen. China produziert zudem viele Waren für den Export – ein Teil der Emissionen entsteht also für den Konsum anderer Länder.



Und dafür stehen wir:

Klimaschutz endet nicht an nationalen Grenzen, sondern ist eine globale Aufgabe. Alle Länder müssen entsprechend ihrer Verantwortung und Möglichkeiten beitragen. Deutschland kann und soll dabei eine Vorbild- und Führungsrolle spielen und andere Länder mit einbeziehen z.B. durch Technologietransfer und Zusammenarbeit.

„Wir müssen Atomstrom aus Frankreich importieren, weil wir unsere eigenen AKWs abgeschaltet haben.“

Check:

Laut Fraunhofer ISE 2024 deckt Deutschland rund 80 % seines Strombedarfs selbst, der Rest stammt aus Importen von mehreren Nachbarländern, nicht nur Frankreich. Der Import aus Frankreich ist vorübergehend und marktorientiert, während Deutschland seine erneuerbaren Energien ausbaut und Speicherlösungen entwickelt. Der Import erfolgt nicht wegen fehlender Atomkraft, sondern wegen eines überlasteten Strommarktes, jahreszeitlichen Schwankungen und Netzdynamik.



Und dafür stehen wir:

Deutschland muss unabhängig von Energieimporten werden. Atomstrom ist risikobehaftet, umweltschädlich (Müllentsorgung) und teuer. Eine zuverlässige Versorgung ist ohne Atomkraft möglich, wenn erneuerbare Energien, Speicher, Lastmanagement und intelligente Netze ausgebaut werden. Ziel ist eine klimaneutrale Stromversorgung, die langfristig unabhängig von Atomstromimporten ist.

„Erneuerbare Energien wie Solar und Wind sind unzuverlässig und können den Bedarf nicht decken.“

Check:

Natürlich sind Wind- und Solarenergie wetterabhängig: Wenn wenig Wind weht oder wenig Sonne scheint, sinkt die Stromproduktion – allerdings nicht auf Null. Sie werden daher sinnvoll durch Speicher und Backup-Kraftwerke ergänzt. Aber: In Deutschland sind erneuerbare Energien inzwischen die wichtigste Stromquelle. 2025 deckten sie in Rheinland-Pfalz sogar 66% des Strombedarfs. Mit der passenden Infrastruktur können sie einen sehr großen Anteil zuverlässig decken.



Und dafür stehen wir:

Wir treiben den Ausbau der erneuerbaren Energien und der zugehörigen Speicher- und Netzinfrastruktur weiter voran. Fotovoltaik auf öffentlichen Gebäuden soll verpflichtender Standard werden. Bereits bestehende Parkplätze können mit Fotovoltaikaufbauten mit schattenspendenden Solarcarports überbaut werden.

„Windräder verändern das Klima.“

Check:

Es gibt messbare lokale Effekte, weil die Rotoren die Luftschichten durchmischen: Nachts gibt es am Boden Temperaturanstiege um 0,2 Grad nahe den Turbinen und minimale Feuchteänderungen, allerdings nehmen diese mit Abstand schnell ab (Studie Universität Lancaster, 2016). Die Windgeschwindigkeit wurde. – ebenfalls nur in unmittelbarer Nähe – um ca. 6% reduziert. Für großflächige Änderungen von Niederschlag oder Wetter gibt es keine Belege. Die von Windrädern ausgelösten Schwankungen sind kleiner als natürliche Temperaturunterschiede zwischen z.B. Feldern und Wiesen.



Und dafür stehen wir:

Windstrom ist Teil der Lösung des Klimaproblems, nicht dessen Ursache. Beim Ausbau von Windkraft sind aber Planungskriterien wichtig: Es darf nicht wahllos überall gebaut werden. Naturschutz und Biodiversität dürfen nicht vernachlässigt werden. Standortabhängige Umweltfragen müssen im Einzelfall bei der Planung berücksichtigt werden.

„Klimaschutz zerstört Wirtschaftswachstum.“

Check:

Klimaschutz zerstört kein Wirtschaftswachstum – er verlagert es. Während alte Industrien schrumpfen, entstehen neue Märkte, Jobs und Technologien. Innovation steigert die Wettbewerbsfähigkeit. Langfristig schützt Klimaschutz die Wirtschaft sogar vor deutlich größeren Schäden durch Klimafolgen. Er sorgt für Stabilität und ist Voraussetzung für langfristigen Wohlstand. Entscheidend ist, wie wir den Übergang gestalten.



Und dafür stehen wir:

Wir fordern Unterstützung für Investitionen in Innovation, um nachhaltigen Wohlstand zu sichern. Klimaschutz ist der beste Job- und Wohlstandssicherer. Eine klimafreundliche und moderne Wirtschaft ist auch widerstandsfähiger und kann Krisen besser überstehen. Für die Übergangszeit planen wir Unterstützung und Ausgleichsmaßnahmen für Unternehmen, Kommunen und Privathaushalte. Klimaschutz muss sozial verträglich und attraktiv sein.

„Die D-Mark war stärker als der Euro.“

Check:

Die D-Mark und der Euro lassen sich nicht einfach als „stärker“ oder „schwächer“ vergleichen, weil sie unter völlig unterschiedlichen wirtschaftlichen Bedingungen existieren. Der Euro ist keine nationale Währung wie die D-Mark, sondern eine gemeinsame Währung – und seine Stabilität hängt von vielen internationalen Faktoren ab, nicht nur von Deutschland allein. Der Euro schwankt seit seiner Einführung gegenüber anderen Währungen – z.B. Dollar – genau wie früher die D-Mark. Ein direkter Vergleich stärker/schwächer ist wirtschaftlich unsauber.



Und dafür stehen wir:

Wir vertreten eine klar pro-europäische Integration. Der Euro ist wichtiger Bestandteil eines stabilen, kooperativen Europas – wirtschaftlich wie politisch. Nostalgische Vergleiche mit der D-Mark sind irreführend. Der Euro bringt Deutschland als Exportnation wirtschaftliche Vorteile. Dafür sind stabile Finanzregeln, gemeinsame europäische Investitionen und stärkere wirtschaftliche Zusammenarbeit in der EU Voraussetzung.

„Die EU schadet Deutschland.“

Check:

Deutschland profitiert stark vom EU-Binnenmarkt: Rund 50–60 % der deutschen Exporte gehen in EU-Staaten. Gemeinsame Regeln erleichtern Handel, Investitionen und Reisen ohne Zoll- und Währungsrisiken. Deutschland zahlt zwar als wirtschaftsstarkes Land mehr in den EU-Haushalt ein als es direkt zurückbekommt, profitiert aber indirekt durch Wachstum, Arbeitsplätze und stabile Absatzmärkte. Gemeinsame EU-Politik stärkt Verhandlungsmacht bei Handel, Sicherheit, Klima- und Technologiepolitik gegenüber Großmächten wie USA oder China.



Und dafür stehen wir:

Die Europäische Union ist ein großer politischer und wirtschaftlicher Gewinn für Deutschland. Deutschland kann globale Herausforderungen – etwa Klimawandel, Sicherheitspolitik oder Digitalisierung – nur gemeinsam mit europäischen Partnern wirksam bewältigen. Deshalb setzen wir uns für eine stärkere und reformierte EU ein, nicht für weniger Europa.

„Deutschland finanziert die ganze Welt und für uns bleibt nichts übrig.“

Check:

Die Ausgaben für Entwicklungszusammenarbeit liegen bei rund 0,7 % des Bruttonationaleinkommens – also ein kleiner Anteil der Gesamtwirtschaft. Der weitaus größte Teil des Bundeshaushalts fließt in Inlandsausgaben wie Rente, Gesundheit, Infrastruktur, Bildung und Sozialleistungen.



Und dafür stehen wir:

Internationale Beiträge sind vergleichsweise klein und dienen oft auch deutschen Interessen - zum Beispiel stabilen Märkten, Sicherheit und wirtschaftlicher Zusammenarbeit. Wenn wir Hilfe zur Selbsthilfe leisten, können wir nicht nur weltweit Not lindern, sondern auch für insgesamt mehr Stabilität und weniger Fluchtbewegungen sorgen.

„Am Ukraine-Krieg ist der Westen schuld, weil er sich nicht an das Verbot der NATO-Osterweiterung gehalten hat.“

Check:

Es existiert kein völkerrechtlich bindender Vertrag, der NATO-Erweiterungen nach Osten untersagt hätte. Das Thema wurde 1990 zwar diskutiert, aber es gab nie eine schriftliche Vereinbarung hierzu. Staaten, auch die Ukraine, sind souverän und dürfen selbst entscheiden, welchem Bündnis sie angehören möchten. Der unmittelbare Auslöser und die militärische Eskalation gehen klar auf Russland zurück.



Und dafür stehen wir:

Wir verurteilen den russischen Angriffskrieg ausdrücklich und sehen ihn als schweren Bruch des Völkerrechts sowie Angriff auf die europäische Friedensordnung. Wir stehen fest an der Seite der Ukraine und ihres Rechts zur Selbstverteidigung. Wir halten Waffenlieferungen und Sanktionen gegen Russland für notwendig, um den europäischen Frieden zu sichern, streben aber gleichzeitig diplomatische Lösungen an.

Impressum

Herausgeber*in:

BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN

Kreisverband Vulkaneifel

Ooser Str. 43

54568 Gerolstein

Tel. 0176 / 21705977

www.gruene-vulkaneifel.de

V.i.S.d.P.:

BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN

Kreisverband Vulkaneifel

Gisela Rau / Pressestelle

Ooser Str. 43

54568 Gerolstein

Druck:

WirmachenDruck.de

Februar 2026

Diese Broschüre wurde zu 100% aus Eigenmitteln des Kreisverbands Vulkaneifel BÜNDNIS90/DIE GRÜNEN finanziert und wird kostenfrei abgegeben.

Hier geht's zur vollständigen
Transparenzbekanntmachung:

[https://gruene-vulkaneifel.de/
impressum/#Transparenzbekanntmachung](https://gruene-vulkaneifel.de/impressum/#Transparenzbekanntmachung)



gruene-vulkaneifel.de

